

**Niederschrift**

Gremium	Sitzung - StBV/040(VII)/22			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr  Lenkungsausschuss Buckau	Donnerstag,  25.08.2022	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	20:40 Uhr

**Tagesordnung:**

**Öffentliche Sitzung**

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 02.06.2022
- 4 Einwohner\*innenfragestunde
- 5 Sachstand Intel  
BG VI
- 6 Lenkungsausschuss Buckau  
Amt 61
- 7 Denkmale und verwahrloste Immobilien  
Amt 61, FB 67
- 8 Beschlussvorlagen

8.1	Erneuerung des touristischen Informations- und Wegeleitsystems der Landeshauptstadt Magdeburg Dez III, Team 5	DS0307/22
8.1.1	Erneuerung des touristischen Informations- und Wegeleitsystems der Landeshauptstadt Magdeburg CDU-Ratsfraktion	DS0307/22/1
8.2	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Dürerstraße von Jordanstraße bis Brunnerstraße“ FB 62	DS0315/22
8.3	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Ziolkowskistraße von Barleber Straße bis Albert- Schweizer- Straße“ FB 62	DS0316/22
8.4	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Barbyer Weg“ FB 62	DS0317/22
8.5	Planungskosten bis Leistungsphase 3 für die originalgetreue Rekonstruktion der Oberseite der Anna-Ebert-Brücke über die Alte Elbe sowie Ersatzneubau der sich unmittelbar auf der Nordostseite anschließenden Stützwand Amt 66	DS0201/22
8.6	Finanzierung der Baumaßnahme "Grundhafte Instandsetzung Neue Strombrücke - Austausch auf neu dimensionierte Widerlager"; hier: Mehrkosten 2022/2023 Amt 66	DS0242/22
8.7	Grundsatzbeschluss Neubau einer Lärmschutzwand entlang des Magdeburger Ringes; Bereich Umfangsweg Amt 66	DS0137/22
8.8	Grundsatzbeschluss Ersatzneubau Brücke Schrote/Wiedersdorfer Straße/Buschweg Amt 66	DS0151/22
8.9	Finanzierung der Baumaßnahme provisorischer Ausbau der Haltestelle Neustädter Friedhof (teilbarrierefrei) Amt 66	DS0342/22
8.10	Finanzierung der Baumaßnahme grundhafter Ausbau Annastraße zwischen Alexander-Puschkin-Straße und Große Diesdorfer Straße Amt 66	DS0386/22
8.11	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 368-1B "Kümmelsberg Westseite" im Teilbereich B Amt 61	DS0204/22

8.12	Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 368-1B "Kümmelsberg Westseite" im Teilbereich B Amt 61	DS0205/22
8.13	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 483-6 "Elb-Hafen" Amt 61	DS0249/22
8.13.1	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 483-6 "Elb-Hafen" UwE	DS0249/22/1
8.14	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur Änderung des einfachen Bebauungsplans Nr. 111-1A "Großer Silberberg Süd" Amt 61	DS0305/22
8.15	Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs der Änderung des einfachen Bebauungsplans Nr. 111-1A "Großer Silberberg Süd" Amt 61	DS0306/22
9	Anträge	
9.1	Großveranstaltungen nicht ohne MVB – Kombi-Ticket: Deine Eintrittskarte ist Dein Fahrschein! DIE LINKE	A0067/22
9.1.1	Großveranstaltungen nicht ohne MVB – Kombi-Ticket: Deine Eintrittskarte ist Dein Fahrschein! FB 32	S0144/22
9.2	Sanierung des Fuß- und Radweges in der „Kleine Straße“ SPD-Stadtratsfraktion	A0110/22
9.2.1	Sanierung des Fuß- und Radweges in der „Kleine Straße“ Amt 66	S0245/22
9.3	Sanierung der Straßen im Wohngebiet Neustädter Feld Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0079/22
9.3.1	Sanierung der Straßen im Wohngebiet Neustädter Feld Amt 66	S0214/22
9.4	Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petriförder und Strombrücke Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0087/22
9.4.1	Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petriförder und Strombrücke Amt 66	S0221/22
9.5	Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Beyendorf-Sohlen Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen Ortsbürgermeister Dr. Niko Zenker	A0092/22

9.5.1	Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Beyendorf-Sohlen Amt 61	S0188/22
9.6	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0086/22
9.6.1	Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die zukünftige Preisgestaltung der MVB Amt 61	S0186/22
9.7	Zusätzlicher Schulbus für Olvenstedt CDU-Ratsfraktion	A0106/22
9.7.1	Zusätzlicher Schulbus für Olvenstedt Amt 61	S0242/22
9.8	Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0118/22
9.8.1	Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben Amt 61	S0243/22
9.9	Ganzheitliches, nachhaltiges Verkehrskonzept für Cracau Fraktion GRÜNE/future!	A0107/22
9.9.1	Ganzheitliches, nachhaltiges Verkehrskonzept für Cracau Amt 61	S0244/22
9.10	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0120/22
9.10.1	Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen Amt 61	S0277/22
9.11	Entlastung für Ostelbien CDU-Ratsfraktion	A0005/22
9.11.1	Entlastung für Ostelbien Amt 61	S0057/22
9.12	Entlastungsstraße für Ostelbien SPD-Stadtratsfraktion	A0249/21
9.12.1	Entlastungsstraße für Ostelbien Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0249/21/1
9.12.2	Entlastungsstraße für Ostelbien Amt 61	S0054/22
10	Informationen	
10.1	Jahresbericht der Behindertenbeauftragten für das Jahr 2021 Behindertenbeauftragte (Dez. V)	I0126/22

10.2	Buslinie im Ringverkehr durch Werder während der Sperrung der Strombrücke einsetzen Amt 66, Diskussion A0174/22, (Vorstellung erfolgt ca. 19:00 Uhr)	I0181/22
10.3	Schaffung eines sicheren Überweges über die Beimsstraße Amt 66	I0110/22
10.4	Errichtung Einbahnstraße im Brückfeld Amt 66	I0122/22
10.5	Sicherer Schulweg an der Nachtweide Amt 66	I0145/22
10.6	Baustellen in Magdeburg Amt 66	I0149/22
10.7	Verkehrssicherheit vor Familien- und Jugendzentrum "Die Brücke" in Neu-Olvenstedt Amt 66	I0162/22
10.8	Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und Einmündungen in Stadtfeld-Ost Amt 66	I0166/22
10.9	Elberadweg Abschnitt Klosterbergegarten Teiltrückbau, sowie Umgestaltung und Neuansbindung eines Weges Amt 66	I0191/22
10.10	Festungsradweg Amt 61	I0160/22
10.11	Einrichtung der Rotehornbahn Amt 61	I0169/22
11	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst Reuter-Allee Amt 66	
12	Verschiedenes	

Anwesend:

**Vorsitzende/r**

Mirko Stage

**Mitglieder des Gremiums**

René Hempel

Madeleine Linke

Christian Mertens

Reinhard Stern

**Vertreter**

Bernd Heynemann

Jens Rösler  
Dr. Thomas Wiebe  
**Geschäftsführung**  
Corina Nürnberg

Entschuldigt:

**Mitglieder des Gremiums**

Norman Belas  
Dr. Falko Grube  
Burkhard Moll  
Frank Schuster

---

**1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

---

Die Sitzung eröffnet der **Vorsitzende Stadtrat Stage**. Er begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

---

**2. Bestätigung der Tagesordnung**

---

- TOP 9.5 soll vertagt werden;
- TOP 9.10 soll vor TOP 9.9 behandelt werden;
- alle bis 19:00 Uhr nicht behandelten TOP sollen vertagt werden;

Sondersitzung:

Der **Vorsitzende** informiert über den Sondersitzungstermin zum Rahmenplan Innenstadt und Hochhauskonzept am 22.09.2022, 16:00 Uhr in der Mensa.

Abstimmung: 6-0-1

---

**3. Genehmigung der Niederschrift vom 02.06.2022**

---

Abstimmung: 4-0-3

---

**4. Einwohner\*innenfragestunde**

---

---

**5. Sachstand Intel**

---

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** informiert über die neusten Entwicklungen zur Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Land und Kommune.

**Stadtrat Stern** fragt, gibt es einen Vertrag zwischen Intel und Land/Bund?

**Herr Rehbaum** verweist auf das bekennde Schreiben, weiteres sei ihm nicht bekannt.

---

**6. Lenkungsausschuss Buckau**

---

**Stadtrat Stern** geht auf die momentane Situation in der Baubranche (Pandemie, Ukraine, ...) ein. Er verweist auf den Beschluss (DS0021/21) zum Auslaufen des förmlichen Sanierungsgebietes. Können die Baustellen abgeschlossen werden? Gibt es Möglichkeiten zur Verlängerung, so dass die Baumaßnahmen abgewickelt und ordentlich beendet werden können?

*Nachrichtlich:*

Vor dem Hintergrund der langen Laufzeiten der Sanierungsmaßnahmen/Sanierungsgebiet hatte das Land Sachsen-Anhalt die Kommunen aufgefordert, diese zu beenden. Vor dem Hintergrund des erreichten Sanierungsstandes im Sanierungsgebiet Buckau ist dies auch mehr als gerechtfertigt. Sofern es sich bei den von Stadtrat Stern angesprochenen Baumaßnahmen um private Neubauprojekte handelt, wirkt sich die Aufhebung der Sanierungssatzung nicht aus, da keine steuerlichen Abschreibungen erfolgen. Private Bauherren, die ihre Bestandsgebäude sanieren und einen Modernisierungsvertrag abgeschlossen haben (derzeit noch ca. 10), wurden frühzeitig darauf hingewiesen, dass eine Abrechnung zum Jahresende erfolgen muss. Die öffentlichen Baumaßnahmen, die aus den erhobenen Ausgleichsbeträgen finanziert werden, können auch noch nach Aufhebung der Sanierungssatzung beendet oder durchgeführt werden.

## 7. Denkmale und verwahrloste Immobilien

---

## 8. Beschlussvorlagen

---

### 8.1. Erneuerung des touristischen Informations- und Wegeleitsystems der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0307/22

---

**Frau Marxmeier** bringt die Beschlussvorlage ein.

**Stadtrat Heynemann** erläutert den Änderungsantrag. Er geht auf die Situation vor Ort ein, insbesondere zur Begrüßungssituation am Hauptbahnhof. Dieses sollte dringend abgeändert und vorgezogen werden und 1. Priorität haben.

**Stadträtin Linke** lobt die gut aufgearbeitete Beschlussvorlage. Sie vermisst allerdings Informationen zum Radroutensystem.

Das touristische Informations- und Wegeleitsystem sei vorrangig für Fußgänger\*innen gedacht, so **Frau Marxmeier**. Ein Fahrradleitsystem müsste gesondert betrachtet werden.

**Stadtrat Hempel** sieht dieses als einen 1. Schritt unter Berücksichtigung geänderter Informationsbedarfe. Dem Änderungsantrag kann er nicht folgen, da viele Besucher sich vorab über Handy und Apps informieren. Dies gilt natürlich auch für die fahradfahrenden Tourist\*innen.

**Stadtrat Stern** hinterfragt den Pflegaufwand und verweist auf Vandalismus. Wurde das Material der Informationstafeln dahingehend so konzipiert, dass diese leicht gereinigt werden können? Dieses bestätigt **Frau Marxmeier**.

Auf den Hinweis von **Stadträtin Linke** zur Konzentration auf die Fußgänger\*innen eingehend fragt **Stadtrat Stage** sollte das Leitsystem für Fuß- und Radfahrer\*innen nicht gleichzeitig verändert werden, macht dieses nicht mehr Sinn?

Auf den ausführlichen Änderungsantrag eingehend verweist er auf die Recherchemöglichkeiten unter Google Maps im Internet. Leider habe die MVB den Fraktionsantrag hinsichtlich einer Verknüpfung im System eine Absage erteilt.

**Frau Marxmeier** verweist auf eine gewisse Berücksichtigung von Radfahrer\*innen an einzelnen prägnanten Punkten (Elberadweg in der Innenstadt z.B.).

**Stadtrat Rösler** begrüßt die gut ausgearbeitete Beschlussvorlage als wichtiger Bestandteil im Tourismuskonzept. Stelen braucht es im Besonderen für Fußgänger\*innen. Der Änderungsantrag überlastete die Beschlussvorlage mit zusätzlichen Informationen, findet er. Er werde sich heute enthalten. Er sieht nicht nur den Hauptbahnhof als prägnante oder prioritäre Stelle. Abschließend erkundigt sich **Stadtrat Rösler** nach der Nutzungsdauer der Stelen. Es werde von einer 10jährigen Nutzungsdauer ausgegangen, teilt **Frau Marxmeier** dazu mit.

Nach umfangreicher Diskussion zum CDU-Änderungsantrag kündigten die Vertreter der CDU Fraktion eine mögliche Überarbeitung des Änderungsantrages bis zum Stadtrat an.

**Stadträtin Linke** geht auf ihr Anliegen ein und verweist auf teilweise irreführende Wegweiser. Sie vermisst das Radroutenkonzept zur Orientierung der Menschen und als Einnahmequelle für den Tourismus. Die Fördermöglichkeiten dazu seien zu bedenken.

**Stadtrat Stage** geht ergänzend auf die Ausführungen von **Stadträtin Linke** ein. Fahrradfahrende in Magdeburg werden leider oft sich selbst überlassen. In anderen Städten werde diese Thematik besser gehandhabt. **Frau Marxmeier** verweist auf den Arbeitsauftrag, ein hauptsächlich auf die Innenstadt begrenztes Leitsystem zu erstellen.

Der **Vorsitzende** bringt den Änderungsantrag von **Stadträtin Linke** ein und lässt darüber abstimmen.

Änderungsantrag:

*Das Konzept soll um ein touristisches Radroutennetz ergänzt werden.*

Abstimmung:            3-3-1            nicht empfohlen.

**Stadtrat Stern** verweist auf eine digitale Bereitstellung in anderen Städten wie z.B. in Weimar und fragt, ob diese Möglichkeit auch in Magdeburg erfolgt. Dieses werde selbstverständlich mit vorgesehen, teilt **Frau Marxmeier** abschließend dazu mit.

Abstimmung zur DS0307/22:            6-0-1            geändert empfohlen

8.1.1.            Erneuerung des touristischen Informations- und Wegeleitsystems der Landeshauptstadt Magdeburg  
Vorlage: DS0307/22/1

---

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0307/22/1:            3-1-3

8.2.            Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Dürerstraße von Jordanstraße bis Brunnerstraße“  
Vorlage: DS0315/22

---

**Herr Neumann** bringt die nächsten 3 TOP ein. Er verweist darauf, dass alle 10 Anträge aus dem Jahr 2021 zum Mehrbelastungsausgleich vom Land genehmigt wurden.

Für 2022 sind 6 Anträge bereits genehmigt. 2022 sollen ca. 1,22 Mio. € vom Land gezahlt werden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV073-040(VII)/22**.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Dürerstraße von Jordanstraße bis Brunnerstraße“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 8.3. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Ziolkowskistraße von Barleber Straße bis Albert- Schweizer- Straße“  
Vorlage: DS0316/22
- 

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV074-040(VII)/22**.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage „Ziolkowskistraße von Barleber Straße bis Albert-Schweitzer-Straße“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 8.4. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage „Barbyer Weg“  
Vorlage: DS0317/22
- 

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV075-040(VII)/22**.

**Beschlussvorschlag:**

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtung Straßenbeleuchtung in der Verkehrsanlage „Barbyer Weg“ der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

- 8.5. Planungskosten bis Leistungsphase 3 für die originalgetreue Rekonstruktion der Oberseite der Anna-Ebert-Brücke über die Alte Elbe sowie Ersatzneubau der sich unmittelbar auf der Nordostseite anschließenden Stützwand  
Vorlage: DS0201/22
- 

**Herr Eins** bringt die Beschlussvorlage ein. Er verweist im Einzelnen auf die fast abgeschlossene „Notsicherung“ und geht auf die Notwendigkeit der Baumaßnahmen ein.

**Stadtrat Rösler** geht auf die Kostenaufwüchse ein, die aber keine Überraschung mehr darstellen. Die Brücke werde fast ausschließlich von Fußgänger\*innen und Fahrradfahrer\*innen benutzt werden. Warum werden nicht Asphalt und geschnittenes Pflaster verlegt, fragt er. Die Fragen seien bekannt und in der vertiefenden Planung mit berücksichtigt bei der Variantenentscheidung, teilt **Herr Eins** mit. Lärminderung sowie Denkmalschutz der Anna-Ebert-Brücke in der Funktion für den Anliegerverkehr sei ein Thema.

**Stadtrat Stage** verweist auf den Startschuss zur Planung der mit der Beschlussfassung hier erfolgen soll.

**Stadträtin Linke** hält den weiteren Druck auf den Denkmalschutz für wichtig. Die Verkehrssicherheit sei ein großes Thema. Die Bedürfnisse der verschiedensten Nutzer\*innen müssen im Focus stehen.

**Stadtrat Stern** verweist auf die gleiche Problematik bei der Augustusbrücke in Dresden und spricht sich dahingehend für einen Erfahrungsaustausch aus.

**Herr Eins** bestätigt dies und verweist auf die hier in Magdeburg im Brückenbau des Ersatzneubaues tätige identische Oberbauleitung, wie an der Augustusbrücke in Dresden.

Abstimmung zur DS0201/22: 7-0-0

- 8.6. Finanzierung der Baumaßnahme "Grundhafte Instandsetzung Neue Strombrücke - Austausch auf neu dimensionierte Widerlager"; hier: Mehrkosten 2022/2023  
Vorlage: DS0242/22
- 

**Herr Eins** erläutert die Beschlussvorlage und weist auf den jetzt beschlossenen Handlungsleitfaden des Bundes hauptsächlich im Zusammenhang mit dem Ukrainekrieg hin. Terminalsichernde Maßnahmen im Bestand seien erforderlich.

**Stadtrat Stern** geht auf die Belastungen durch die neuen Straßenbahnen ein. Wurde hinsichtlich Widerlager/Untergrund der Baugrund untersucht. Liegen Baugrundgutachten vor, fragt er nach.

Das westliche Widerlager steht auf der Bunkerplatte und der Pfeiler auf dem Fels. Nur das östliche Widerlager erfolgte damals mittels Flachgründung. Das östliche Widerlager werde im Rahmen der jetzt laufenden Instandsetzungsarbeiten bis in den Fels durchörtert und verankert. Die Verankerungsstellen nehmen die durch die vorhandenen Stützweiten am östlichen Widerlager entstehenden Zugkräfte auf, erläutert **Herr Eins**.

Mit der grundhaften Instandsetzung werde das Brückenbauwerk für die nächsten 50 Jahre hergerichtet.

**Stadtrat Rösler** geht auf die zu erwartenden Umleitungsverkehre durch die Tunnelfreigabe ein. Des Weiteren bittet er den vorhandenen Bauzaun auf der südlichen Teilbereich der Strombrücke besser auszurichten und in Richtung Fahrbahn zu verschieben. Er verweist auf die

Behinderungen für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen. Ab wann werde der Bypass in Betrieb genommen werden, fragt er abschließend.

**Herr Eins** erläutert die Hintergrundbedingungen für den momentanen Standort des Bauzauns und verweist auf die Baufreiheit die gegeben sein müsse. Der Zaun stehe knirsch an der Bordsteinkante. Für die Medienverlegung werde die Inanspruchnahme der Fahrspur erforderlich. Eine Entschärfung werde ab Oktober 2022 erfolgen. Dann erfolgt der Geh- und Radverkehr auf der Brückenmitte.

Abschließend informiert der **Vorsitzende** über gemeinsam mit dem Finanzausschuss geplante Baustellenbesichtigungen (Brücke/Tunnel) Ende September/Anfang Oktober.

**Herr Eins** bereitet sehr gern diesen Besichtigungstermin auf den Brückenbaustellen vor.

Abstimmung zur DS0242/22: 7-0-0

- 8.7. Grundsatzbeschluss Neubau einer Lärmschutzwand entlang des Magdeburger Ringes; Bereich Umfassungsweg  
Vorlage: DS0137/22
- 

**Herr Gebhardt** bringt die Beschlussvorlage ein.

**Stadträtin Linke** hinterfragt die Prüfung des Änderungsantrags hinsichtlich einer Photovoltaikanlage bzw. der alternativen Begrünung.

**Herr Gebhardt** bestätigt, dass die Verwaltung im Rahmen der weiteren Planung nach technischen Möglichkeiten sucht, wirtschaftlich vertretbar Photovoltaikanlagen an der Lärmschutzwand zu befestigen. Eine Begrünung ist dadurch dann nur auf der Voltaikanlage abgewandten Seite möglich, sofern hier ein dafür ausreichender Abstand (Verkehrssicherheit) zu den Fahrbahnen des Magdeburger Rings vorhanden ist. Das eine schließe das andere aus, müsse festgestellt werden.

Der **Vorsitzende** verweist auf die Aussagen im StBV dazu.

**Stadtrat Heynemann** fragt, warum die Lärmschutzwand nicht länger ausgeführt werde, um das gesamte Gebiet lärmmäßig zu entlasten.

Dieses sei bereits Bestand der Beschlusslage, teilt **Herr Gebhardt** mit. Hier soll nur eine Verlängerung bis zur Schule erfolgen, um eine Gesamtabschirmung zu erreichen.

Abstimmung zur DS0137/22: 7-0-0

- 8.8. Grundsatzbeschluss Ersatzneubau Brücke Schrote/Wiedersdorfer Straße/Buschweg  
Vorlage: DS0151/22
- 

**Stadtrat Dr. Wiebe** nimmt ab 17:00 Uhr an der Sitzung teil.

**Herr Gebhardt** erläutert die Beschlussvorlage und verweist auf die vorhandene Behelfsbrücke. Er erläutert den geplanten Ersatzneubau.

**Stadträtin Linke** kennt die Situation Vorort und kann die Notwendigkeit nicht nachvollziehen. Der Rettungsdienst könne anders abgesichert werden.

**Herr Gebhardt** geht auf die vorhandene verkehrliche Situation ein. Im öffentlichen Raum bestehe Handlungsbedarf zur Sicherung der öffentlichen Anbindung hauptsächlich für Rettungsfahrzeuge an den S- Bahnhaltepunkt der DB AG.

Entweder kommen die Rettungsfahrzeuge aus Richtung Wolmirstedt oder Barleben bzw. kommt es zum Hubschraubereinsatz, stellt **Stadtrat Rösler** fest.

Er hinterfragt die Kosten- und Nutzungsabwägung. Braucht es hier eine MIV-Anbindung oder reicht ein Fuß- und Radweg. In wie fern sei die Straße für die Erschließung des „neuen Barleber Sees“ wichtig?

*Nachrichtlich:*

*Im Rahmen eines weiteren Kiesabbaues „Großer Anger“ liegt der Buschweg nördlich des geplanten Abbaugebietes. Der Buschweg wird für die Erreichbarkeit des Abbaugebietes nicht erforderlich und nicht genutzt.*

Für **Stadtrat Stage** könne die Diskussion über die Rettungswege nur eine theoretische sein. Eine Treppe müsse immer überwunden werden. Er verweist auf die Möglichkeit des Hubschraubereinsatzes. Er sieht die Dringlichkeit hier nicht so gegeben.

In dem Zusammenhang geht er auf eine Anpassung/Überarbeitung der Prioritätenliste ein.

Eine Brücke, die für Radfahrer\*innen und Fußgänger\*innen ausreiche, bedarf keines Neubaus für KFZ-Fahrzeuge, so **Stadtrat Stern**. Das Argument des Rettungsweges sei sehr dürftig. Die Sanierung/Neubau der vielen Brücken über die Tangente sei für ihn prioritärer.

Abstimmung zur DS0151/22:            0-2-6            nicht empfohlen

8.9.            Finanzierung der Baumaßnahme provisorischer Ausbau der Haltestelle Neustädter Friedhof (teilbarrierefrei)  
Vorlage: DS0342/22

---

**Herr Gebhardt** bringt die Beschlussvorlage ein. Er verweist auf die gestiegenen Kosten, wie z.B. beim Gleisausbau, der Ampelsteuerung, der Signalsteuerung, .....  
Der provisorische Ausbau der Haltestelle soll analog dem Haltestellenausbau am Westfriedhof erfolgen.

**Stadtrat Mertens** werde sich enthalten und begründet dieses mit den „absurden“ hohen Kosten für eine Haltestelle.

**Stadtrat Rösler** verweist hier auf die wichtigen Schritte für einen barrierefreien Haltestellenausbau in Magdeburg. Er zweifelt einen billigeren Ausbau in 5 Jahren an. Er geht auf die Planung ein und hinterfragt die Radwegführung.

**Herr Gebhardt** verweist auf die Anbindung an die vorhandenen Fahrradwege.

**Stadtrat Hempel** sieht hier den Weg der Schwerpunktsetzung an bekannten „Hotspots“ und hält dieses für sehr wichtig. Er verweist auf die Verantwortung den Bürger\*innen gegenüber. Er hält die Investition nicht „für rausgeschmissenes Geld“ und werde der Beschlussvorlage zustimmen.

**Stadtrat Stern** sieht in einem Kompaktausbau der gesamten Straße die bessere Lösung. Die Ertüchtigung ganzer Straßenzüge werde mitunter wirtschaftlicher.  
Des Weiteren hinterfragt er die Ampelschaltungen und geht auf die hier entstehende „Zeitinsel“ ein.

**Stadtrat Stage** erläutert noch einmal den provisorischen Haltestellenausbau und verweist auf die Möglichkeit einer Haltestellenverlängerung bei entsprechender Straßenumbaumaßnahme.

**Herr Gebhardt** geht auf die Ampelschaltung bei der provisorischen Haltestelle ein und erläutert das Verfahren. Die „Zeitinsel“ werde mit den Folgeampeln geschaltet.

**Stadträtin Linke** fragt nach, ob nicht der gesamte Straßenraum umgestaltet werden sollte? So schaffe man Tatsachen, stellt sie fest.

Abschließend weist sie auf die im Haltestellenbereich rot auszuführenden Fahrradwege hin.

**Herr Gebhardt** geht auf das Plangenehmigungsverfahren ein. Es soll auf der Ostseite der Lübecker Straße das gleiche Material wie vorhanden verwendet werden. Dahingehend bestehen also noch Gestaltungsmöglichkeiten.

Abschließend geht er auf die von der MVB geplanten Fortsetzung der Gleissanierungsmaßnahmen auf der Lübecker Straße, analog der auf der Großen Diesdorfer Straße ein.

Ergänzend verweist **Frau Scheerenberg** darauf, dass weder eine Planfeststellung noch eine Plangenehmigung die Farbe des Radweges festlege.

**Stadtrat Hempel** geht auf eine andere Problematik ein, nämlich das Verhalten der Fahrradfahrer\*innen bei roter Ampel im Haltestellenbereich. Müssen Fahrradfahrer\*innen auch anhalten, fragt er nach.

*Nachrichtlich:*

*Auf dem Radweg in Richtung des Stadtzentrums muss der Fahrradfahrer bei roter Ampel für den MIV auch anhalten.*

*In Richtung Nord führt die dortige Ampel bei Rot zu keinem Halt der Fahrradfahrer.*

Abstimmung zur DS0342/22: 6-0-2

- 8.10. Finanzierung der Baumaßnahme grundhafter Ausbau  
Annastraße zwischen Alexander-Puschkin-Straße und Große  
Diesdorfer Straße  
Vorlage: DS0386/22
- 

**Herr Gebhardt** bringt die Beschlussvorlage ein. Er geht im Einzelnen auf die Kostensteigerung ein, die u.a. durch Corona, Ukrainekrieg sowie neue gesetzliche Vorschriften (Schutz des Wurzelbereichs von Bäumen) entstehen. Bei der Maßnahme handelt es sich um eine koordinierte und abgestimmte Baumaßnahme zwischen SWM, AGM und Tiefbauamt.

**Stadträtin Linke** erkundigt sich nach der Möglichkeit, die Einstellplätze wie in der Friesenstraße durch Fahrradbügel abzugrenzen.

**Herr Gebhardt** verweist auf die vorhandenen Räume und Möglichkeiten, die auch analog der Friesenstraße für die Aufstellung von Fahrradständern geplant sind.

Den Erhalt sowie die Neupflanzung von Bäumen, begrüßt **Stadtrat Rösler**. Sind aber durch die Wurzelbrücken die Bäume tatsächlich erhaltbar? Des Weiteren hinterfragt er die in der Plangrundlage dargestellten leeren Kreise im Bereich der Haltestelle.

**Herr Gebhardt** verweist auf eine vorab durchgeführte Vitalitätsprüfung der Bäume durch den SFM.

Der **Beigeordnete** geht auf die Darstellungen in der Plangrundlage ein. Laut Legende stellen die Kreise Baumscheiben dar. Die leeren Kreise zeigen die geplanten Neupflanzungen von Bäumen auf.

Abstimmung zur DS0386/22: 6-0-2

- 8.11. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 368-1B "Kümmelsberg Westseite" im Teilbereich B  
Vorlage: DS0204/22
- 

**Frau Kirchhoff** bringt die TOP 8.11 und 8.12 im Zusammenhang ein. Sie erläutert, dass ein Mobility Hub eingerichtet werden soll, der gegebenenfalls auch als ein Wendehammer dienen könnte, um Schleichverkehre zu vermeiden.

**Stadtrat Mertens** findet diese Möglichkeit gut.

**Stadträtin Linke** widerspricht entschieden dem Vorschlag der Verwaltung, den Anregungen nicht zu folgen.

Die Schaffung von Gehwegen im Gebiet sei erforderlich. Die Errichtung eines Mobility Hub (Car-Sharing-Platz) begrüßt sie.

**Stadtrat Stage** empfiehlt einen Änderungsantrag und der Anregung zu folgen. Die Verwaltung habe eigene Lösungsvorschläge bereits aufgezeigt.

**Stadtrat Stern** begrüßt die Ausweisung von Containerstandorten.

Die Bäume im öffentlichen Raum lehnt er mit Verweis auf die Kapazitäten bei SFM ab. Die Straßenbreite könne auch besser ausgenutzt werden. Er fordert, die Bäume auf den Privatflächen anzuordnen.

**Stadtrat Stage** sieht bei der Thematik Baumstandort zwischen Theorie und Praxis ein großes Umsetzungsproblem. Mit dem von **Stadtrat Stern** gemachten Vorschlag hätten wir bald keine Bäume mehr im öffentlichen Raum in der Stadt. Die entsprechende Umsetzung werde nicht kontrolliert, gibt er zu bedenken. Die Festsetzungen in den Bebauungsplänen werden dahingehend nicht kontrolliert. Der Baumkoordinator sei bereits ganzjährig abgestellt für andere Aufgaben (Pandemie, Ukraine,...) innerhalb der Stadtverwaltung.

**Herr Dr. Lerm** sieht ein Problem darin, dass die Grundstückseigentümer Sorge haben vor zu groß werdenden Bäumen und dem damit verbundenen Pflegeaufwand. Er geht noch einmal auf den Vorschlag der Verwaltung ein, eine 1seitige Baumreihe und versickerungsfähigen Flächen mit den entsprechenden Regenwassereinfläufen u.ä. umzusetzen.

**Stadtrat Dr. Wiebe** sieht das große Problem in dem nicht kontrollierenden Baumkontrolleur und hinterfragt noch einmal die Gründe.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** geht auf die Personalsituation und die Unterstützung bei der Bewältigung von Coronamaßnahmen und Flüchtlingsunterbringung durch die Mitarbeiter des Dez. VI ein.

#### Änderungsantrag:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Beschlussvorschlag wie folgt **zu ändern**:*

*Schwerpunkt-Themen:*

*1.1 Verkehrserschließung*

*In der Bürgerversammlung (...)*

Die untere Straßenverkehrsbehörde weist darauf hin, dass bei einer durchgehenden Straße (keine Sackgasse) mit „Schleichverkehr“ zur Umfahrung bzw. Meidung des mit Lichtsignalanlage geregelten Knotens Kümmsberg/Hannoversche Straße zu rechnen ist. Daher wird empfohlen, die Verkehrsanlage aus Sicherheitsgründen um einen Gehweg zu ergänzen und die Verkehrsraumbreite auf mind. 10,50 m zu verbreitern.

Abstimmung: 4-3-0

**Der Anregung wird gefolgt. Die Ergänzung der Verkehrsanlage um einen Gehweg ist in den Entwurf einzuarbeiten.**

Die Erschließungsstraße wird aus städtebaulichen Gründen als durchgehende Erschließung festgesetzt. Durch die Herstellung der Wohnstraße als Mischverkehrsfläche, in der auch das Parken im Straßenraum zulässig ist, wird das Fahrtempo automatisch reduziert. Bei zu starker Frequentierung der Verkehrsflächen kann die Straße später noch operativ beruhigt werden, z. B. durch Abpollern südlich des Mobility Hub. Die Erschließung des Wohngebietes erfolgt dann aus Richtung Norden vom Fenchelweg aus. Die Wendemöglichkeit bestünde im Bereich des Mobility Hub.  
(Anlage 1, Anregung Nr. B 1.2)

Abstimmung: 6-0-1

**Der Anregung wird gefolgt. Ein Abpollern südlich des Mobility Hubs ist in den Entwurf einzuarbeiten.**

Abstimmung zur DS0204/22: 5-1-5 empfohlen mit Änderungsantrag

8.12. Öffentliche Auslegung des Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 368-1B "Kümmsberg Westseite" im Teilbereich B  
Vorlage: DS0205/22

---

Abstimmung zur DS0205/22: 6-0-2

8.13. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 483-6 "Elb-Hafen"  
Vorlage: DS0249/22

---

**Frau Kirchhoff** bringt die Beschlussvorlage ein.

**Stadträtin Linke** begrüßt die Entwicklungen in diesem Gebiet. Für einen durchgängigen Elberadweg fehlen die entsprechenden Flurstücke. Warum wurde dieses im Plangebiet nicht mit berücksichtigt?

**Frau Kirchhoff** nimmt die Nachfrage mit.

*Nachrichtlich:*

*Der Geltungsbereich kann im Vorentwurf entsprechend des Bedarfs an Flächenneuordnung angepasst werden.*

**Stadtrat Stern** geht auf die Altlastensituation ein, die Entsorgung werde problematisch. Kann das Gebiet als „Entwicklungsgebiet“ hochgestuft werden? Nur mit einem Bebauungsplan sei es zu einfach, dafür brauche es Fördermittel. Gibt es andere planungsrechtliche Mittel um Fördermittel zu erhalten.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** verweist auf einen positiv beschiedenen Altlastenfreistellungsantrag. Der Investor kenne die Ausgangssituation und die Möglichkeiten der finanziellen Unterstützung bezüglich der Altlastenbeseitigung.

**Stadtrat Stern** geht auf die vorhandene Bebauung ein und fragt was damit passieren werde. Die Silos sollen aus städtebaulichen Gründen erhalten bleiben, teilt **Frau Kirchhoff** mit.

*Nachrichtlich:*

*Die Erhaltung der Silos als Landmarke ist städtebauliche Zielstellung. Sie stehen jedoch nicht unter Denkmalschutz. Über Zustand und Statik liegen keine Informationen vor. Sollte eine Umnutzung aus wirtschaftlichen oder technischen Gründen nicht möglich sein, wäre der Neubau einer Landmarke an dieser Stelle möglich.*

Wünschenswert wäre der Erhalt der Silos, sie stellen eine Landmarke dar. Dies soll Teil der Gesamtentwicklung werden, so **Herr Dr. Lerm**. Ein Denkmalstatus bei den Silos bestehe nicht, nur für zwei Villen an der Straße Alt Salbke.

**Stadtrat Rösler** bittet um Informationen bis zum Stadtrat hinsichtlich der Eigentumsverhältnisse der beiden Flurstücke an der Elbe (Elberadweg).

*Nachrichtlich:*

*Das Flurstück 1525/2 der Flur 476 befindet sich im Eigentum der Stadt und ist durchgängig ca. 3,60 m breit. Es durchschneidet private Flurstücke. Der Geltungsbereich kann nach Norden erweitert werden. Dies ist aber auch im Verlauf des Verfahrens möglich, falls sich die Erforderlichkeit ergibt.*

*Das Flurstück 1525/1 der Flur 476 gehört zum Eigentum der Ceravis Real Estate GmbH und wird an den Investor mit veräußert.*

Die Umsetzbarkeit des Änderungsantrages stellt er in Frage. Den gesamten Elberadweg direkt entlang der Elbe zu führen werde sehr kostenintensiv (Erhalt Kaimauer), gibt er zu bedenken. Mit der Benennung „Elb-Hafen“ habe er ein Problem und dieses sei irreführend. Er schlägt „Fahlberg-List“ vor.

**Herr Dr. Lerm** gibt zu bedenken, dass der Namen in die Zukunft führen soll und ein positives Image ausstrahlen sollte. Elbe im Namen sei wichtig für eine Entwicklung des Gebietes. Die Radwegführung werde geprüft.

**Stadtrat Stage** hat einen Änderungsantrag vorbereitet, hinsichtlich Photovoltaikanlagen auf den Dachflächen. Diese Forderung sollte schon frühzeitig in das Verfahren einfließen.

**Stadträtin Linke** regt an die Thüringer Straße und Oschersleber Straße mit im Beschlussvorschlag aufzunehmen.

**Stadtrat Hempel** geht auf die Baukörper ein. Eine Entwicklung in die „Höhe“ sei wichtig und die Herausforderung. Mit dem Charakter des Stadtteil müsse sensibel umgegangen werden und die Aufwertung der anderen Stadtteile dürfe nicht aus dem Blickfeld fallen.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** verweist auf eine durch die Intelansiedlung beflügelte Lage, als eine Chance für die Entwicklung der Brachfläche.

Änderungsantrag DS0249/22/2:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat, den Beschlussvorschlag im Punkt 2 wie folgt zu ergänzen:*

2. *Es werden folgende Planungsziele angestrebt:*

- *Schließung der Raumkante an der Oschersleber Straße durch straßenseitige Bebauung*
- *Entwicklung moderner, klimaangepasster Wohn- und Mischgebiete mit der dazugehörigen Erschließung sowie Grün- und Freiflächen unter Berücksichtigung der Altlastensituation*
- *Lückenschließung in der Alternativroute des Elberadwegs*
- *Entwicklung und Sicherung eines Zugangs vom Ortskern Salbke bis zur Elbe (Verlängerung Kroppenstedter Straße, **Thüringer Straße, Oschersleber Straße**) mit Anschluss an den Elberadweg (Alternativroute).*

*Abstimmung: 5-2-1*

**Stadtrat Stern** spricht sich gegen den Vorschlag von **Stadtrat Stage** aus und verweist auf eine freie, unabhängige Planung von Investoren, die gewährleistet bleiben müsse.

Der **Beigeordnete** hält die Ergänzung um Photovoltaikanlagen für sinnvoll. Aufgrund der Bodenverhältnisse schließt sich der Rest aus.

**Stadtrat Rösler** schlägt neue Lösungen unter Nutzungen der Silos sowie der Elbe vor, wie z.B. die Solarflächennutzung oder der Wärmetausch mit der Elbe. Er werde sich bei dem Änderungsantrag von **Stadtrat Stage** enthalten. Die Formulierung werde er überdenken.

**Stadtrat Dr. Wiebe** hinterfragt einen anderen Begriff/Oberbegriff. Ein anderer Oberbegriff müsse gefunden werden, um weitere Optionen offen zu halten.

Der **Beigeordnete** verweist darauf, dass hier nur Photovoltaik oder Solarthermie aufgrund der Bestandssituation machbar sein werden. Die Elbe als Wärmetauscher bedarf eines Planfeststellungsverfahrens, gibt er zu bedenken.

#### Änderungsantrag DS0249/22/3:

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat folgendes in die textlichen Festsetzungen aufzunehmen:  
Vor.*

*Folgende textliche Festsetzung zur Nutzung der solaren Strahlenenergie, insbesondere durch Photovoltaik nach § 9 Abs. 1 Nr. 23b BauGB, sind im aufzustellenden Bebauungsplan vorzunehmen:*

*1. Im gesamten Geltungsbereich dieses Bebauungsplans sind die nutzbaren Dachflächen der Gebäude und baulichen Anlagen innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen zu mindestens 50% mit Photovoltaikmodulen zur Nutzung der einfallenden solaren Strahlenenergie auszustatten (Solarmindestfläche).*

*2. Werden auf einem Dach Solarwärmekollektoren installiert, so kann die hiervon beanspruchte Fläche auf die zu realisierende Solarmindestfläche angerechnet werden.*

*Begründung:*

*Die Pflicht zur Nutzung der solaren Strahlungsenergie zur Stromerzeugung (Solarfestsetzung) wird unter Beachtung des Abwägungsgebots unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse*

und Prüfung der Verhältnismäßigkeit des Eingriffs in die Eigentumsfreiheit im vorliegenden Bebauungsplan gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 23 b BauGB festgesetzt.

Die Solarfestsetzung dient der nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung und dem Klimaschutz (§§ 1 Abs. 5, 1a Abs. 5 BauGB) und erfüllt die städtebaulichen Aufgaben der Nutzung erneuerbarer Energien (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 f BauGB).

Weiterhin folgt diese Festsetzung der Strategie A 3.1 im Masterplan 100 % Klimaschutz sowie dem Grundsatzbeschluss zur CO<sub>2</sub> - neutralen Stadt bis zum Jahr 2035. Damit entspricht die Solarfestsetzung auch den Zielsetzungen der Beschlussfassungen des Stadtrates.

Abstimmung: 4-3-1

Abstimmung zur DS0249/22: 5-0-3 empfohlen mit Änderungsantrag

8.13.1. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 483-6 "Elb-Hafen"  
Vorlage: DS0249/22/1

---

Abstimmung zur DS0249/22/1: 2-3-3 nicht empfohlen

8.14. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zur  
Änderung des einfachen Bebauungsplans Nr. 111-1A "Großer  
Silberberg Süd"  
Vorlage: DS0305/22

---

**Frau Mrochen** erläutert die Zwischenabwägung und die öffentliche Auslegung zum Bebauungsplan „Großer Silberberg Süd“ im Zusammenhang. Sie verweist auf die nach dem Kauf des Investors geänderten Festlegungen im Märktekonzept. Ein Vertrauenstatbestand gegenüber dem Investor bestehe.

**Stadtrat Dr. Wiebe** fragt die zulässige Flächengröße bzw. den Bedarf nach.

**Frau Mrochen** verweist auf einen vom Investor beantragten Bedarf von ca. 900 m<sup>2</sup>, analog der Flächen im Florapark, Hellweg-Baumarkt, Hornbach-Baumarkt.

**Stadtrat Dr. Wiebe** fragt, wie sich die anderen Märktbetreiber auf die Planungen geäußert haben.

**Frau Mrochen** verweist auf die öffentliche Beteiligung nach der Genehmigung der Beschlussvorlagen.

Abstimmung zur DS0305/22: 7-0-1

8.15. Öffentliche Auslegung des 2. Entwurfs der Änderung des  
einfachen Bebauungsplans Nr. 111-1A "Großer Silberberg Süd"  
Vorlage: DS0306/22

---

Abstimmung zur DS0306/22: 7-0-1

- 9.1. Großveranstaltungen nicht ohne MVB – Kombi-Ticket: Deine Eintrittskarte ist Dein Fahrschein!  
Vorlage: A0067/22
- 

**Stadtrat Hempel** bringt den Antrag ein, erläutert diesen und führt zu eigenen unlängst gemachten Erfahrungen aus.

**Herr Schreyer** geht auf die Definition „Großveranstaltung“ ein und verweist auf den Leitfaden.

**Herr Stage** stellt einfürend klar, dass zusätzliche Kosten für den Veranstalter automatisch eine Erhöhung der Ticketpreise für die Gäste bedeuten. Weiterhin führt die im Antrag geforderte Regelung seiner Erfahrung nach nicht automatisch dazu, dass auch zusätzliche Kapazitäten bereitgestellt werden. Diese müssten ggf. zusätzlich bestellt und bezahlt werden.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** habe einen anderen Kenntnisstand.

**Stadtrat Hempel** verweist auf andere Aussagen von Seiten der MVB. Großveranstaltungen seien nicht im regulären Verkehr abwickelbar/händelbar und Veranstaltungsverkehre bedeuten zusätzliche Leistungen.

**Stadträtin Linke** findet den Antrag gut. Eine Definition für „Großveranstaltungen“ müsse gefunden werden. Dies sollte im Masterplan; Klimaanpassung einfließen.

**Stadtrat Rösler** werde dem Antrag nicht zustimmen. Er findet dafür brauche es keine gesetzlichen Regelungen, dafür gebe es zivilrechtliche Möglichkeiten. Zusätzliche Kapazitäten (Ersatzverkehre) sollten bei der MVB vorgehalten werden, um bei Großveranstaltungen besser reagieren zu können.

**Stadtrat Stage** kann den Antrag nur ablehnen, denn der Antrag löse das Problem nicht. Bei Ticketpreisen bis 8,- €, tun 1,50 € für den ÖPNV richtig weh. Dieses sei nicht sozial ausgewogen. Er verweist auf Fahrradfahrer\*innen oder Fußgänger\*innen, die über den Ticketpreis den ÖPNV finanzieren ohne Nutzer zu sein. Veranstaltungstickets werden so nicht mehr bezahlbar und eine Ausgrenzung die Folge. Direkt richtet er eine Frage an die Anwesende **Frau Münster-Rendel**, heißt Kombiticket dass automatisch zusätzliche Busse und Bahnen bei Veranstaltungen eingesetzt werden.

**Frau Münster-Rendel** erläutert und verweist auf die jeweilige Situation. Sie geht auf den Preis für die durchschnittliche Nutzung, die Besucherzahlen, Tageszeit und Transfers ein hinsichtlich des Einsatzes von Fahrzeugen. Damit werde geprüft, kalkuliert und entschieden, ob ausreichend oder nicht. Meistens fallen keine Zusatzkosten an.

Das Kombiticket lebt vom Solidaritätsprinzip.

Ein Mittelweg in Bezug auf städtische Objekte/Veranstaltungen sollte es geben.

Die Veranstaltungsbeauftragung sei maßgebend, bei der von **Stadtrat Hempel** erwähnten Veranstaltung war Individualverkehr geplant und der ÖPNV somit nicht eingetaktet.

Sie plädiert für ein Kombiticket. Dieses bietet gute Möglichkeiten.

Abstimmung zum Antrag A0067/22:            2-6-0 nicht empfohlen

- 9.1.1. Großveranstaltungen nicht ohne MVB – Kombi-Ticket: Deine Eintrittskarte ist Dein Fahrschein!  
Vorlage: S0144/22
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 9.2. Sanierung des Fuß- und Radweges in der „Kleine Straße“  
Vorlage: A0110/22
- 

**Herr Gebhardt** erläutert die Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Linke** sieht hier keine hohe Priorität gegeben.

**Stadtrat Rösler** hält die Sanierung dennoch für wichtig und verweist auf die Wegebeziehung zum Schlachthof. Die Schäden im Gehweg stellen ein Hindernis für Rollator, Kinderwagen u.ä. dar.

**Stadtrat Mertens** fehlt bei der Abstimmung.

Abstimmung zum A0110/22: 4-3-0

- 9.2.1. Sanierung des Fuß- und Radweges in der „Kleine Straße“  
Vorlage: S0245/22
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 9.3. Sanierung der Straßen im Wohngebiet Neustädter Feld  
Vorlage: A0079/22
- 

Abstimmung zum Antrag 0079/22: 0-8-0

- 9.3.1. Sanierung der Straßen im Wohngebiet Neustädter Feld  
Vorlage: S0214/22
- 

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

- 9.4. Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen Petriförder und Strombrücke  
Vorlage: A0087/22
- 

vertagt

9.4.1. Entflechtung Rad-/Fußweg an der Elbuferpromenade zwischen  
Petriförder und Strombrücke  
Vorlage: S0221/22

---

vertagt

9.5. Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Beyendorf-Sohlen  
Vorlage: A0092/22

---

vertagt

9.5.1. Erstellung eines Verkehrskonzeptes für Beyendorf-Sohlen  
Vorlage: S0188/22

---

vertagt

9.6. Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die  
zukünftige Preisgestaltung der MVB  
Vorlage: A0086/22

---

vertagt

9.6.1. Auswertung der Auswirkungen des 9-Euro-Tickets für die  
zukünftige Preisgestaltung der MVB  
Vorlage: S0186/22

---

vertagt

9.7. Zusätzlicher Schulbus für Olvenstedt  
Vorlage: A0106/22

---

vertagt

9.7.1. Zusätzlicher Schulbus für Olvenstedt  
Vorlage: S0242/22

---

vertagt

9.8. Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben  
Vorlage: A0118/22

---

vertagt

9.8.1. Bürgerbeteiligung Straßenbahn nach Ottersleben  
Vorlage: S0243/22

---

vertagt

9.9. Ganzheitliches, nachhaltiges Verkehrskonzept für Cracau  
Vorlage: A0107/22

---

vertagt

9.9.1. Ganzheitliches, nachhaltiges Verkehrskonzept für Cracau  
Vorlage: S0244/22

---

vertagt

9.10. Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen  
Vorlage: A0120/22

---

vertagt

9.10.1. Den ÖPNV in Magdeburg erfolgreich in die Zukunft führen  
Vorlage: S0277/22

---

vertagt

9.11. Entlastung für Ostelbien  
Vorlage: A0005/22

---

vertagt

9.11.1. Entlastung für Ostelbien  
Vorlage: S0057/22

---

vertagt

9.12. Entlastungsstraße für Ostelbien  
Vorlage: A0249/21

---

vertagt

9.12.1. Entlastungsstraße für Ostelbien  
Vorlage: A0249/21/1

---

vertagt

9.12.2. Entlastungsstraße für Ostelbien  
Vorlage: S0054/22

---

vertagt

10. Informationen

---

10.1. Jahresbericht der Behindertenbeauftragten für das Jahr 2021  
Vorlage: I0126/22

---

vertagt

10.2. Buslinie im Ringverkehr durch Werder während der Sperrung  
der Strombrücke einsetzen  
Vorlage: I0181/22

---

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** fasst die Situation und Meinungen kurz zusammen. Das momentane Shuttleangebot werde kaum angenommen. Die Signale aus der Bevölkerung seien sehr unterschiedlich. Ein Meinungsbild der Seniorenbeauftragten und Behindertenbeauftragten

sei gefragt. 2 weitere Varianten wurden ausgearbeitet und dargestellt. Das momentane Beförderungsangebot läuft zunächst bis November 2022.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** fordert, jetzt Lösungen für die Bürger\*innen vom Werder/Heumarkt zu finden.

**Herr Bartels** (Seniorenbeirat) berichtet, dass die Hauptziele in der Nähe Ulrichsplatz/Domplatz sind. Viele ältere Bürger\*innen seien auf den ÖPNV angewiesen, hier verstärke sich die Problematik. Für beide Varianten sei man offen.

Angemerkt werde, dass an den Haltestellen Sitzgelegenheiten fehlen in Betracht auf die Umstiegszeiten.

Abschließend bedankt er sich für die jetzige Diskussion.

**Frau Pasewald** (Behindertenbeauftragte) schließt sich den Ausführungen von **Herrn Bartels** an. Sie gibt zu bedenken, dass sich zurzeit Therapiebesuche und Arztbesuche problematisch für die Bürger\*innen gestalten.

**Herr Dr. Berger** (GWA Werder) stellt fest, dass die jetzt gemachten Alternativen/Varianten gute Lösungen darstellten. Aus seiner Sicht gebe es keine Vorzugsvariante.

Er hinterfragt den jeweiligen Zeitumfang und hält dieses für ein wichtiges Argument bei der Variantenentscheidung. Ebenso die Anschlussbahnen am Hasselbachplatz.

Der Vorteil der Variante 5 bestehe in der Anbindung an eine direkte Einkaufsmöglichkeit in Cracau.

**Herr Rehbaum** geht auf die Fahrzeiten der Varianten ein. Diese seien annähernd gleich, aber am Hasselbachplatz bestehen deutlich mehr Umstiegsmöglichkeiten.

Die Verwaltung braucht eine Variantenentscheidung, um einen Beförderungsauftrag gegenüber der MVB auszulösen.

**Stadtrat Rösler** hinterfragt die möglichen Taktzeiten der beiden Varianten und wo die Haltestelle für den Busshuttle am Hasselbachplatz wäre.

**Frau Münster-Rendel** geht zurück in das Hochwasserjahr 2013. Das Ziel der Bürger\*innen damals war größtenteils die Innenstadt. Eine Linienführung Richtung Hasselbachplatz wurde eingerichtet, die Haltestelle befindet sich im Kreisverkehr.

Momentan gehen sehr viele Beschwerden bei der MVB hinsichtlich der Verkehrsanbindung ein. Sie verweist auf ein hohes Aufkommen an Abokunden aus dem Bereich.

Variante 2 hat Vorteile und gute Umstiegsmöglichkeiten am Hasselbachplatz (20/30 Taktung).

Bei der Variante 5 werden erst noch bauliche Maßnahmen am Heumarkt erforderlich. Die Straßenbahnlinie 4 ist auf den Umstiegspunkt Heumarkt angewiesen (30/40 Taktung).

Sie favorisiere die Variante 2 durch ein größeres Angebot an Straßenbahnlinien.

**Herr Gebhardt** verweist auf den zusätzlichen Aufwand bei der Variante 5. Eine Befestigung der Grünflächen an den Ausstiegspunkten werde erforderlich. Für die Verlagerung der Haltelinien, neue Programmierung von Ampelanlagen usw. werden ca. 35.000 € - 40.000 € Mehrkosten entstehen.

**Stadtrat Mertens** fragt, ob eine Kombination beider Varianten vorstellbar wäre.

**Herr Gebhardt** verweist auf die zusätzlichen Kosten.

**Frau Münster-Rendel** geht auf die Taktung dann von 60 – 70 Minuten ein und verweist auf die Probleme in den Haltestellenbereichen der Straßenbahnlinie 4 mit Auswirkungen auf das gesamte Stadtgebiet.

**Stadträtin Linke** findet beide Varianten gut. Die Argumente für die erweiterten Umstiegsmöglichkeiten am Hasselbachplatz überwiegen jedoch. Sie favorisiert die Variante 2.

**Stadtrat Köpp** geht auf den Aufwand bei der Variante 5 ein. Die Verwaltung zeige, dass es technisch umsetzbar wäre. Er berichtet von dem Problem, dass das Ziel Pfeiffersche Stiftung schwer erreichbar sei, diese sei so nicht zumutbar.

Ein weitestgehend barrierefreier Umstieg, mit Lichtsignalanlage an der Käseglocke bestehe, gibt er zu bedenken.

Die Variante 5 berücksichtige Interessen für kleine Erledigungen, Einkäufe,... im Umfeld und die Möglichkeit die Innenstadt zu erreichen.

Er sieht einen deutlichen Mehrwert bei der Variante 5.

**Stadtrat Hempel** spricht sich für die Variante 2 aus. Diese biete eine Vielfältigkeit an Möglichkeiten.

Ein Kompromiss müsse gefunden werden, so **Stadtrat Stern**. Es könne nie Allen alles recht gemacht werden. Er sieht die Variante 2 doch als bessere Lösung.

**Stadtrat Stage** findet beide Varianten besser als die momentane Situation. Die Variante 2 habe eine längere Taktung aber mehr Möglichkeiten am Hasselbachplatz. Die Variante 5 sei mitunter störanfälliger durch Falschparker in der Genthiner Straße, weiß er zu berichten.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** lässt die Erweiterung des bestehenden Beförderungsangebotes durch die MVB prüfen.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** schlägt einen Änderungsantrag zum Antrag vor.

*Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat den Antrag wie folgt **zu ändern**:*

*Der Stadtrat möge beschließen:*

1. *Der Beschluss des Stadtrates vom 13.06.2022 zum Antrag „Buslinie im Ringverkehr durch Werder während der Sperrung der Strombrücke einsetzen“ (A0109/22) wird aufgehoben.*
2. *Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, in Rücksprache mit der MVB zum frühestmöglichen Zeitpunkt eine Buslinie einzurichten, die weitestgehend der Variante 5 2 entspricht, so wie sie in der Anlage zur Information I0181/22 dargestellt ist. Als Haltepunkte dieser Buslinie sollen dabei insbesondere die Haltestellen Zollhaus, Heumarkt, die Bedarfshaltestelle Arenen (siehe Anlage Foto), Friedrich-Ebert-Straße, Gübser Weg, Mehringstraße und Cracauer Tor berücksichtigt werden. Die Gemeinwesenarbeitsgruppen (GWA) auf dem Werder und in Ostelbien sind bei der Umsetzung einzubeziehen.*

*Abstimmung: 7-1-0*

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

- 10.3. Schaffung eines sicheren Überweges über die Beimsstraße  
Vorlage: I0110/22
- 

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.4. Errichtung Einbahnstraße im Brückfeld  
Vorlage: I0122/22

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.5. Sicherer Schulweg an der Nachtweide  
Vorlage: I0145/22

---

vertagt

10.6. Baustellen in Magdeburg  
Vorlage: I0149/22

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.7. Verkehrssicherheit vor Familien- und Jugendzentrum "Die  
Brücke" in Neu-Olvenstedt  
Vorlage: I0162/22

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

10.8. Gestalterische und bauliche Maßnahmen an Kreuzungen und  
Einmündungen in Stadtfeld-Ost  
Vorlage: I0166/22

---

vertagt

10.9. Elberadweg Abschnitt Klosterbergegarten  
Teilrückbau, sowie Umgestaltung und Neuansbindung eines  
Weges  
Vorlage: I0191/22

---

vertagt

10.10. Festungsradweg  
Vorlage: I0160/22

---

vertagt

10.11. Einrichtung der Rotehornbahn  
Vorlage: I0169/22

---

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

11. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst Reuter-Allee

---

12. Verschiedenes

---

**Stadtrat Heynemann** und **Stadtrat Stern** verlassen um 19:00 Uhr die Sitzung.

**Stadträtin Linke** hinterfragt das Genehmigungsverfahren zu den E-Scooter, die jetzt im Stadtbild aufgetaucht sind.

Der **Beigeordnete Herr Rehbaum** verweist auf den ablehnenden Bescheid aus dem Jahr 2020.

Weitere Gespräche gab es dazu nicht.

Die Verwaltung werde dementsprechend handeln.

**Stadtrat Mertens** geht auf die Mittagstraße und die zeitliche Tempo-30-Beschränkung ein. Er fragt nach der Einrichtung einer generellen Tempo-30-Zone.

Der Sachverhalt befinde sich momentan in der Prüfung, teilt **Herr Rehbaum** mit.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage  
Vorsitzender

Corina Nürnberg Isabel Richter  
Schriftführerin